Keegan gegen Irland

Urteil vom 26. Mai 1994, A/291

EGMR

Sorgerecht des leiblichen Vaters**Sachverhalt:**

Der Beschwerdeführer ist natürlicher Vater einer Tochter, die er mit seiner Lebensgefährtin zeugte. Vor der Geburt beendeten beide diese Beziehung und die Mutter gab das Kind zur Adoption frei. Der Beschwerdeführer beantragte das Sorgerecht, und bekam dies in erster und zweiter Instanz zugesprochen. Der Oberste Gerichtshof hob diese Entscheidung mit der Begründung auf, es seien hier nicht die Wünsche und Bestrebungen des Vaters sondern ausschließlich das Kindeswohl von Bedeutung. Das Berufungsgericht entschied demzufolge zuungunsten des Vaters.

Rechtsausführungen:

Der Beschwerdeführer erachtet sich in seinen Rechten nach Art 8 und Art 6 EMRK verletzt.

Zur behaupteten Verletzung des Art. 8 EMRK: Die Beziehung zwischen dem Beschwerdeführer, der Mutter des Kindes und dem Kind wird als "Familie" i.S.v. Art. 8 EMRK bewertet, da dafür das außereheliche Zusammenleben der Betroffenen ausreicht (vgl. Urteil Johnsten u.a., A/112, § 55) und ein Kind aus dieser Beziehung ipso iure als Familienmitglied gilt, auch wenn im Zeitpunkt der Geburt die Beziehung der Eltern nicht mehr aufrecht ist (vgl., mutatis mutandis, den Fall Berrehab gegen die Niederlande, A/138, § 21).

Art. 8 EMRK bezweckt vor allem, den einzelnen vor willkürlichem staatlichen Eingriff zu schützen. Die Achtung des Familienlebens macht sowohl Handlungen als auch Unterlassungen seitens der staatlichen Behörden notwendig und die Grenzen zwischen diesen beiden Verpflichtungen sind einer präzisen Definition nicht zugänglich. Einem Kind muß ab der Geburt eine Integration in eine bestehende Familie ermöglicht werden (vgl. Urteil Marckx, A/31, § 31, u.a.). Es ist in diesem Zusammenhang beachtlich, daß gemäß Art. 7 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 ein Kind das Recht auf Obsorge seitens eines oder beider Elternteile hat. Die Freigabe des Kindes zur Adoption ohne Wissen des Beschwerdeführers stellt einen Eingriff in Art. 8 EMRK dar, der nur durch die in Abs. 2 angeführten Gründe gerechtfertigt sein kann. Der Eingriff erfolgte zwar nicht gesetzlos, war aber nicht in einer demokratischen Gesellschaft notwendig: Wird ein Kind in die Sorge von Pflegeeltern übergeben, kann es im Lauf der Zeit mit diesen Beziehungen entwickeln, die in seinem eigenen Interesse nicht durch eine Umkehrung einer vorangegangenen Sorgerechtsentscheidung gestört werden dürfen (vgl. Urteil W gegen das Vereinigte Königreich, A/121, § 62). Eine solche verfahrensbedingte Situation führte die angemessene Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Beschwerdeführer und seinem Kind im vorliegenden Fall ad absurdum und setzte einen wahrscheinlich unumkehrbaren Prozeß in Gang, der den Beschwerdeführer gegenüber den zukünftigen Adoptiveltern im Hinblick auf das Sorgerecht in eine merklich ungünstigere Position drängte. Die Behörden haben dieses Abweichen von den Prinzipien, die die Achtung des Familienlebens gebietet, nicht mit auf das Kindeswohl gerichteten Gründen gerechtfertigt. Im vorliegenden Fall wurde folglich Art. 8 EMRK verletzt.

Zur behaupteten Verletzung des Art. 6 EMRK: Der Beschwerdeführer konnte ausschließlich im Rahmen eines von ihm gesondert beantragten Vormundschafts- und Obsorgerechtsverfahren seine Stellungnahmen vorbringen, wobei zu diesem Zeitpunkt die ausschlaggebenden Kriterien unter Berücksichtigung des Kindeswohls eindeutig für die zukünftigen Adoptiveltern sprachen. Art. 6 (1) EMRK wurde daher verletzt (die Prüfung der behaupteten Verletzung des Art. 14 EMRK wurde nicht als notwendig erachtet).

Zusammenfassung:

Verletzung der Art. 8 und 6 (1) EMRK (einstimmig).

[Das Urteil im englischen Originalwortlaut \(pdf-Format\).](#)